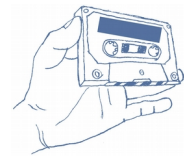




## Erläuterungen zum Zeitstrahl der deutsch-deutschen Geschichte

<p>8. Mai 1945</p>	<p><b>Ende des Zweiten Weltkrieges</b></p> <p>Das Oberkommando der Wehrmacht unterzeichnet in Anwesenheit der bevollmächtigten Generale die bedingungslose Kapitulation aller deutschen Streitkräfte im sowjetischen Hauptquartier Berlin-Karlshorst. Damit endet in Europa der Zweite Weltkrieg.</p> <p><b>KAPITULATIONSERKLÄRUNG</b></p> <p>1. Wir, die hier Unterzeichneten, handelnd in Vollmacht für und im Namen des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht, erklären hiermit die bedingungslose Kapitulation aller am gegenwärtigen Zeitpunkt unter deutschem Befehl stehenden oder von Deutschland beherrschten Streitkräfte auf dem Lande, auf der See und in der Luft gleichzeitig gegenüber dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditionstreitkräfte und dem Oberkommando der Roten Armee.</p> <p>2. Das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht wird unverzüglich allen Behörden der deutschen Land-, See- und Luftstreitkräfte und allen von Deutschland beherrschten Streitkräften den Befehl geben, die Kampfhandlungen um 23:01 Uhr Mitteleuropäischer Zeit am 8. Mai einzustellen und in den Stellungen zu verbleiben, die sie an diesem Zeitpunkt innehaben und sich vollständig zu entwaffnen, indem sie Waffen und Geräte an die örtlichen Alliierten Befehlshaber beziehungsweise an die von den Alliierten Vertretern zu bestimmenden Offiziere abliefern. Kein Schiff, Boot oder Flugzeug irgendeiner Art darf versenkt werden, noch dürfen Schiffsruempfe, maschinelle Einrichtungen, Ausrüstungsgegenstände, Maschinen irgendwelcher Art, Waffen,</p>
--------------------	---



Apparaturen, technische Gegenstände, die Kriegszwecken im Allgemeinen dienlich sein können, beschädigt werden.

3. Das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht wird unverzüglich den zuständigen Befehlshabern alle von dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditionen Streitkräfte und Oberkommando der Roten Armee erlassenen zusätzlichen Befehle weitergeben und deren Durchführung sicherstellen.

4. Diese Kapitulationserklärung ist ohne Praejudiz fuer irgendwelche an ihre Stelle tretenden allgemeinen Kapitulationsbestimmungen, die durch die Vereinten Nationen und in deren Namen Deutschland und der Deutschen Wehrmacht auferlegt werden moegen.

5. Falls das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht oder irgendwelche ihm unterstehenden oder von ihm beherrschte Streitkräfte es versaeumen sollten, sich gemaess den Bestimmungen dieser Kapitulations-Erklärung zu verhalten, werden das Oberkommando der Roten Armee und der Oberste Befehlshaber der Alliierten Expeditionen Streitkräfte alle diejenigen Straf- und anderen Massnahmen ergreifen, die sie als zweckmaessig erachten.

6. Diese Erklärung ist in englischer, russischer und deutscher Sprache abgefasst. Allein massgebend sind die englische und die russische Fassung.

Unterzeichnet zu Berlin am 8. Mai 1945

gez. v. Friedeburg gez. Keitel gez. Stumpff

für das Oberkommando der deutschen Wehrmacht

*Quelle:*

*[http://de.wikipedia.org/wiki/Bedingungslose\\_Kapitulation\\_der\\_Wehrmacht](http://de.wikipedia.org/wiki/Bedingungslose_Kapitulation_der_Wehrmacht)*



23. Mai 1949	<p><b>Gründung der Bundesrepublik Deutschland</b></p> <p>Der Parlamentarische Rat verkündet das Grundgesetz. Es war schon im Februar 1949 im Wesentlichen fertig, aber einige Bestimmungen - vor allem die Finanzverwaltung und die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern - missfielen den Alliierten noch immer, von deren Genehmigung das Verfassungswerk letztlich abhing. Ende April einigte sich die Abordnung des Parlamentarischen Rats mit den Militärgouverneuren. Anfang Mai wurde das Grundgesetz abschließend im Hauptausschuss beraten und am 8. Mai - am vierten Jahrestag der Kapitulation - vom Plenum verabschiedet. Die Militärgouverneure genehmigten am 12. Mai das Verfassungswerk, das in den folgenden Tagen den elf Landtagen zur Ratifizierung vorgelegt wurde. Mit der Ausnahme Bayerns, dessen Parlamentarier sich nach 17-stündiger Debatte mit einer Mehrheit von 101 zu 63 gegen das Grundgesetz aussprachen, wurde die Verfassung in allen Ländern genehmigt. Das bayerische Nein hatte keine Konsequenzen, denn es war nicht in antidemokratischer Absicht gesprochen; man hatte in München lediglich föderalistische Vorbehalte artikulieren wollen und gleichzeitig betont, dass man an der Geltung des Grundgesetzes auch im Freistaat nicht zu rütteln gedächte.</p> <p>Am 23. Mai 1949 konnte daher das Grundgesetz verkündet werden, in einer festlichen Schlussitzung des Parlamentarischen Rates in Anwesenheit der Ministerpräsidenten, von Vertretern der Militärregierungen und anderen Würdenträgern.</p> <p>Das Grundgesetz trat am 24. Mai 1949 in Kraft – einen Tag nach seiner feierlichen Verkündung. Mehr als die Verfassung existierte von der Bundesrepublik zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Vielerorts wurde jedoch angestrengt gearbeitet, um den vorerst nur als Idee existenten Staat auch mit Verfassungsorganen und allen nötigen Einrichtungen der Verwaltung</p>
--------------	--



	<p>auszustatten.</p> <p>Bald nach der Verabschiedung des Grundgesetzes setzte der Wahlkampf ein (Wahlen am 14.08.1949). Von den 402 Mandaten des ersten Bundestags hatten CDU und CSU 139 (31 Prozent der Wählerstimmen) errungen; die SPD gewann wider Erwarten nur 131 (29,2 Prozent), 52 Abgeordnete stellte die FDP und 17 die konservative Deutsche Partei. Ebenfalls 17 Vertreter hatte die Bayernpartei.</p> <p>Am 7. September konstituierte sich der erste Deutsche Bundestag, am 12. September wählte die Bundesversammlung Theodor Heuss zum Bundespräsidenten. Am 20. September gab der fünf Tage zuvor gewählte Kanzler Konrad Adenauer seine erste Regierungserklärung ab, nachdem die Bundesregierung vereidigt worden war.</p> <p>Das war juristisch gesehen die Geburtsstunde der Bundesrepublik</p> <p><i>Quelle:</i>  <a href="http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/grundgesetz-und-parlamentarischer-rat/39033/ein-neues-deutschland">http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/grundgesetz-und-parlamentarischer-rat/39033/ein-neues-deutschland</a></p>
<p>7. Oktober 1949</p>	<p><b>Gründung der Deutschen Demokratischen Republik</b></p> <p>An 7. Oktober 1949 wurde die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft gesetzt, die bereits seit Oktober 1948 vorlag. Der Zweite Deutsche Volksrat konstituierte sich als provisorische Volkskammer und beauftragte Otto Grotewohl als Ministerpräsidenten mit der Bildung einer Regierung. Sein Kollege im Vorsitz der <i>Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands</i>, Wilhelm Pieck, wurde am 11. Oktober 1949 als Präsident der DDR gewählt.</p> <p><i>Quelle:</i>  <a href="http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Demokratische_Republik">http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Demokratische_Republik</a></p>



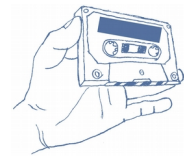
17. Juni 1953	<p><b>Arbeiteraufstand</b></p> <p>Im Juni 1953 protestierten ungefähr eine Million Menschen in der gesamten DDR gegen die Politik des Ulbricht-Regimes. Die Verschlechterung der Versorgungslage sowie politische Schikanen hatten massiven Unwillen in der Bevölkerung hervorgerufen. Nach rigorosen Erhöhungen der Arbeitsnormen begannen Bauarbeiter der Stalinallee am 16. Juni einen spontanen Streik, am folgenden Tag weitete sich der Protest zu einer landesweiten Volkserhebung aus. Aus ursprünglich wirtschaftlichen Forderungen entwickelten sich rasch politische Parolen wie "Nieder mit der Regierung" und "Freie Wahlen". Die SED-Führung war der Lage nicht gewachsen. Sowjetische Panzer schlugen den Aufstand blutig nieder.</p> <p>Nach Schätzungen soll die gewaltsame Niederschlagung etwa 100 Todesopfer gefordert haben, mehr als 1500 Aufständische wurden zum Teil zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Die Westmächte griffen nicht entgegen den Erwartungen vieler Bürgerinnen und Bürger in Ost und West. In der Bundesrepublik Deutschland war der 17. Juni 1953 jahrzehntelang der "Tag der deutschen Einheit", in der DDR wurden die Aufstände als "konterrevolutionärer Putschversuch" bezeichnet oder tot geschwiegen.</p> <p><i>Quelle:</i>  <a href="http://www.bpb.de/presse/50928/50-jahrestag-des-17-juni-1953">http://www.bpb.de/presse/50928/50-jahrestag-des-17-juni-1953</a></p>
9. Mai 1955	<p><b>BRD wird Mitglied der NATO</b></p> <p>Die NATO (<i>North Atlantic Treaty Organization</i> „Organisation des Nordatlantikvertrags“ bzw. Nordatlantikpakt-Organisation) wird am 4. April 1949 in Washington als multilaterale Defensivallianz von 12 Staaten (USA, Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen und Portugal) geschaffen. Durch die Unterzeichnung der Pariser Verträge am 23. Oktober 1954 im</p>



	<p>Zuge der Westintegration der Bundesrepublik Deutschland wurde diese zum Beitritt eingeladen, der kurz nach Inkrafttreten der Verträge in einer Beitrittszeremonie im Pariser Palais de Chaillot am 9. Mai 1955 feierlich vollzogen wurde. Die Pariser Verträge sind ein Vertragswerk, welches das Besatzungsstatut in Westdeutschland beendete und der Bundesrepublik die Souveränität verlieh.</p> <p><i>Quellen:</i>  <a href="http://de.wikipedia.org/wiki/NATO">http://de.wikipedia.org/wiki/NATO</a>;  <a href="http://de.wikipedia.org/wiki/Pariser_Vertr%C3%A4ge">http://de.wikipedia.org/wiki/Pariser_Vertr%C3%A4ge</a></p>
<p>14. Mai 1955</p>	<p><b>DDR wird Mitglied des Warschauer Paktes</b></p> <p>Vom 29. November bis 2. Dezember 1954 tagte in Moskau die Sicherheitskonferenz, an der neben der sowjetischen Delegation Regierungsvertreter aus Albanien, Bulgarien, der DDR, Volksrepublik Polen, Volksrepublik Rumänien, der Tschechoslowakei und Volksrepublik Ungarn teilnahmen. Zum Abschluss der Konferenz wurde die Moskauer Erklärung (auch: Moskauer Deklaration) verabschiedet. Darin warnten die Unterzeichner vor einer Ratifizierung der Pariser Verträge und gaben bekannt, ein eigenes Militärbündnis gründen zu wollen. Entsprechende Absichtserklärungen zur gemeinsamen Organisation der Streitkräfte sollten folgen.</p> <p>Um die DDR in das Bündnis aufnehmen zu können, wurde der Kriegszustand formell zum 21. Januar 1955 beendet. Mit der Ratifizierung der Pariser Verträge in den Mitgliedstaaten traten diese am 5. Mai 1955 in Kraft. Daraufhin wurde im polnischen Staatsratsgebäude in Warschau zum Abschluss der zweiten „Konferenz europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit Europas“ vom 11. bis 14. Mai 1955 durch Albanien, Bulgarien, die DDR, die VR Polen, die VR Rumänien, die VR Ungarn, die Sowjetunion und die Tschechoslowakei der Vertrag über</p>



	<p>Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand (kurz Warschauer Vertrag) durch die Ministerpräsidenten unterzeichnet. Durch die Gründung des Militärbündnisses sicherte sich die Sowjetunion ihren Hegemonialanspruch in Osteuropa. Nach der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch alle Unterzeichnerstaaten bei der Regierung der Volksrepublik Polen trat der Warschauer Vertrag am 4. Juni 1955 in Kraft.</p> <p>Die DDR war zunächst vom militärischen Teil des Bündnisses ausgenommen und trat erst ab 28. Januar 1956 und damit zehn Tage nach der Unterzeichnung des Gesetzes zur Gründung der Nationalen Volksarmee auch diesem Teil bei.</p> <p><i>Quelle:</i>  <a href="http://de.wikipedia.org/wiki/Warschauer_Pakt">http://de.wikipedia.org/wiki/Warschauer_Pakt</a></p>
<p>Ab 1955</p>	<p><b>Arbeitsmigration in die BRD</b></p> <p>Bereits Anfang der 1950er-Jahre wurde in einigen Branchen in der Bundesrepublik ein Arbeitskräftemangel spürbar. Die hohe Zahl der Kriegstoten und -gefangenen sowie ermordeten und geflüchteten Juden schränkte das Arbeitskräftepotenzial ein. Vor allem der Bergbau litt darunter, dass viele neu eingestellte Arbeitnehmer bei der ersten Gelegenheit in Branchen mit weniger harten Arbeitsbedingungen wechselten. Zunächst wurden die Bergbauunternehmen selbst aktiv und warben in Österreich unter den Flüchtlingen aus Siebenbürgen neue Kumpel an. Allerdings blieb die Zahl der so gewonnenen Arbeitnehmer gering. Andererseits kamen durch Flucht und Vertreibung mehrere Millionen Deutsche aus Ostdeutschland und den verstreuten deutschen Siedlungsgebieten in die Bundesrepublik. Bereits in dieser Zeit gab es im Bundeswirtschaftsministerium erste Überlegungen, italienische Arbeiter anzuwerben, was jedoch zunächst auf die Ablehnung der Unternehmer stieß.</p>



Im Herbst 1953 warb die italienische Regierung in der Bundesrepublik für italienische Gastarbeiter\_innen. Auf diesem Weg sollte das Handelsbilanzdefizit durch Überschüsse in der Übertragungsbilanz kompensiert werden, um die Leistungsbilanz der Bundesrepublik gegenüber auszugleichen. Zunächst reagierte die Bundesregierung zurückhaltend auf das Angebot.

Im Sommer 1955 änderte die Bundesregierung offiziell ihre Haltung, auch weil absehbar war, dass der Aufbau der Bundeswehr und die geplante Wehrpflicht weitere Arbeitskräfte binden würden und weil in Frankreich und der Schweiz ebenfalls über die Anwerbung italienischer Arbeiter\_innen diskutiert wurde. Eine erste Hochrechnung sah für 1956 einen Anwerbebedarf von 800.000 Arbeitskräften vor. Am 20. Dezember 1955 wurde das deutsch-italienische Anwerbeabkommen unterzeichnet. Zunächst sollten Saisonarbeiter\_innen für die Landwirtschaft und für das Hotel- und Gaststättengewerbe angeworben werden. Die Arbeitsverträge waren auf sechs oder zwölf Monate befristet, doch bereits kurz nach Unterzeichnung des Abkommens reichten Betriebe aus allen Branchen, besonders Industrie und Bergbau, Vermittlungsaufträge ein, die verstärkt zur Anwerbung von männlichen Arbeitskräften führten.

Weitere Anwerbeverträge wurden geschlossen, 1960 mit Griechenland und Spanien, 1961 mit der Türkei, 1963 mit Marokko, 1964 mit Portugal, 1965 mit Tunesien und 1968 mit Jugoslawien.

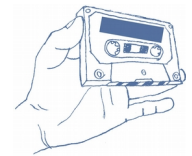
1973 gab es rund vier Millionen Gastarbeiter\_innen und Angehörige in der Bundesrepublik. Erst die Rezession 1966/67 ließ die Anwerbung zurückgehen. Die Ölkrise 1973 und die damit verbundene Wirtschaftskrise führte schließlich noch im selben Jahr zu einem völligen Anwerbestopp.

*Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Arbeitsmigration>*

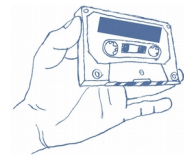




13. August 1961	<p><b>Mauerbau</b></p> <p>Am 12. August 1961 gab der Ministerrat der DDR bekannt: "Zur Unterbindung der feindlichen Tätigkeit der revanchistischen und militaristischen Kräfte Westdeutschlands und West-Berlins wird eine solche Kontrolle an der Grenze der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der Grenze zu den Westsektoren von Groß-Berlin eingeführt, wie sie an den Grenzen jedes souveränen Staates üblich ist."</p> <p>Der Mauerbau war unter völliger Geheimhaltung durch den damaligen für Sicherheitsfragen zuständigen Sekretär des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker, vorbereitet worden.</p> <p>Am frühen Morgen des 13. August begannen bewaffnete Grenzpolizisten mitten in Berlin das Straßenpflaster aufzureißen. Asphaltstücke und Pflastersteine wurden zu Barrikaden aufgeschichtet, Betonpfähle eingerammt und Stacheldrahtverhaue gezogen. Die Absperrung lief entlang der sowjetischen Sektorengrenze mitten durch Berlin. Von einem Tag auf den anderen wurden die Menschen in West- und Ostberlin voneinander getrennt, Straßen, Plätze und Häuser wurden geteilt, die Bahn-Verbindungen unterbrochen. Die Sperranlage schnitt über 50.000 Ost-Berliner_innen von ihren Arbeitsplätzen im Westen ab.</p> <p>Mit dem Bau der Berliner Mauer schloss die SED-Führung den letzten offenen Übergang zwischen Ost- und Westdeutschland. Für die Bevölkerung in der DDR bedeutete die Mauer das endgültige Ende ihrer Freizügigkeit und der Möglichkeit sich der SED-Politik durch Abwanderung zu entziehen. Deutschland war endgültig geteilt. Die Mauer war das abschreckendste Symbol des Ost-West-Konfliktes.</p> <p><i>Quelle:</i> <a href="http://www.lpb-bw.de/bau_der_mauer.html">http://www.lpb-bw.de/bau_der_mauer.html</a></p>
-----------------	--



Ab 1968	<p><b>Arbeitsmigration in die DDR</b></p> <p>Nach Gründung der DDR 1949 strömten bis zum Bau der Berliner Mauer im Jahre 1961 ca. 3,4 Millionen Menschen aus der sowjetischen Besatzungszone und der DDR in die Bundesrepublik. Die Abwanderung bewirkte in der DDR einen akuten Arbeitskräftemangel.</p> <p>Ab den 1960er Jahren warb die DDR Vertragsarbeiter_innen an. Derartige Abkommen gab es mit Ungarn (1967), Polen (1971), Algerien (1974), Kuba (1978), Mosambik (1979), Vietnam (1973/1980), der Mongolei (1982), Angola (1985) und China (1986).</p> <p>Motivation waren zunächst die Aus- und Weiterbildung von Arbeitskräften und später auch die Deckung des Mangels an billigen Arbeitskräften für schlecht bezahlte und/oder gefährliche Arbeitsplätze. Die Aufenthaltsdauer war limitiert auf zunächst zwei und später fünf Jahre. Das strenge Rotationssystem erlaubte keinen Familiennachzug.</p> <p>Im Falle einer Schwangerschaft drohte umgehende Ausweisung. Die Vertragsarbeiter_innen lebten in abgeschotteten Baracken oder Wohnblöcken. Kontakte zu Einheimischen waren von den zuständigen Behörden zu genehmigen und berichtspflichtig.</p> <p>Am 28. Juni 1979 trat das Gesetz über die Gewährung des Aufenthaltes für Ausländer in der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft. Das Regelwerk war sehr flexibel gehalten und erlaubte relativ viel Vereinbarungsspielraum mit den jeweiligen Vertragsstaaten. Laut § 4 waren Ausländer_innen den Einheimischen gleichberechtigt, ausgenommen der unmittelbaren, mit der Staatsbürgerschaft verbundenen Rechte. § 6 erlaubte jedoch, dass die erteilte Aufenthaltsgenehmigung zeitlich und örtlich beschränkt, versagt, entzogen oder für ungültig erklärt werden konnte. Die Entscheidung bedurfte keiner Begründung. Die Behörden unterbanden</p>
---------	--



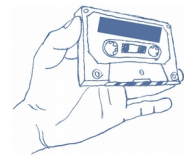
	<p>weiterhin private Kontakte zwischen Ausländern und Einheimischen.</p> <p>1981 arbeiteten 24.000 Vertragsarbeiter_innen in der DDR. Abgesehen von den Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte (GSSD) lebten Ende 1989 etwa 190.000 Ausländer_innen in der DDR, dies entsprach einem Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung. Davon waren etwa 94.000 Vertragsarbeiter_innen. Zwei Drittel waren vietnamesischer Herkunft. Nach der deutschen Vereinigung 1990 bemühte sich die Bundesregierung darum, die noch laufenden zwischenstaatlichen Verträge zu den Vertragsarbeiter_innen aufzulösen und diese in ihre ursprüngliche Heimat zurückzuschicken. Nur wenigen gelang es dabei, sich einen Aufenthaltsstatus in Deutschland zu sichern.</p> <p><i>Quellen:</i></p> <p><a href="http://de.wikipedia.org/wiki/Vertragsarbeiter">http://de.wikipedia.org/wiki/Vertragsarbeiter</a>  <a href="http://www.auslaender-in-der-ddr.com/home/vor-der-wende/politische-beschl%C3%BCsse/">http://www.auslaender-in-der-ddr.com/home/vor-der-wende/politische-beschl%C3%BCsse/</a></p>
<p>1968</p>	<p><b>Student_innenbewegung</b></p> <p>Die westdeutsche Student_innenbewegung der 1960er Jahre war eine vielschichtige politische Bewegung, die die „herrschenden Verhältnisse“ in der BRD der 1950er- und 60er Jahre radikal kritisierte und bekämpfte. Sie war Teil der von den USA ausgehenden Internationalen Studentenbewegung, war aber eng mit der deutschen Geschichte vor und nach dem Zweiten Weltkrieg verbunden. Dies betrifft insbesondere die Kritik an der Verarbeitung der nationalsozialistischen deutschen Vergangenheit, die einen maßgeblichen Anteil an Entstehung, Verbreitung und Zielrichtung der westdeutschen Studentenbewegung hatte.</p>



1976	<p><b>Ausbürgerung von Wolf Biermann</b></p> <p>Wolf Biermann (geb. 1936 in Hamburg) ist ein deutscher Liedermacher und Lyriker. Er siedelte 1953 in die DDR über und veröffentlichte ab 1960 erste Lieder und Gedichte. Gegen den scharfen Kritiker der DDR-Parteidiktatur wurde 1965 ein totales Auftritts- und Publikationsverbot verhängt. 1976 wurde ihm eine spätere Wiedereinreise aus der BRD während einer Konzerttour verweigert und er wurde ausgebürgert. Die Ausbürgerung Biermanns löste in Ost- und Westdeutschland große Proteste aus. Seine Gedichtbände zählen zu den meistverkauften der deutschen Nachkriegsliteratur. Biermann wurde mit zahlreichen Literaturpreisen West- und später Gesamtdeutschlands geehrt.</p> <p><i>Quelle:</i>  <a href="http://de.wikipedia.org/wiki/Wolf_Biermann">http://de.wikipedia.org/wiki/Wolf_Biermann</a></p>
August 1980	<p><b>Streiks in Polen und Gründung der Gewerkschaft Solidarność</b></p> <p>Die Gewerkschaft Solidarność entstand aus einer Streikbewegung von Arbeiter_innen im Sommer 1980. Von Anfang an wurde die Arbeiterbewegung von vielen regimekritischen Intellektuellen und weiten Teilen der katholischen Kirche, besonders durch Papst Johannes Paul II., unterstützt. Damit gelang eine Solidarität über Gesellschaftsgrenzen hinweg, die sich dann in einer Volksbewegung gegen das herrschende Regime wandte. Vor allem aus dem westlichen Ausland (USA und Westdeutschland) gab es große Unterstützung.</p> <p>Der Auslöser der großen Streikwelle 1980 waren Preiserhöhungen für Fleisch am 1. Juli 1980. Die Streiks waren zunächst lokal begrenzt, griffen dann aber auf das gesamte Land über. Am 17. August 1980 das „Überbetriebliche Streikkomitee“ gegründet, das mit dem Auftrag, sich auch nach Beendigung des Streiks nicht aufzulösen, sondern die Einhaltungen des</p>



	<p>Erreichten zu überwachen, die sogenannten 21 Forderungen erarbeitete. Diese 21 Forderungen enthielten neben weiteren meist politischen und sozialen Anliegen auch die zentrale Forderung nach der Zulassung von unabhängigen Gewerkschaften. Im Danziger Abkommen vom 31. August 1980 wurde dem von Regierungsseite nach langen Verhandlungen stattgegeben, in der folgenden Zeit formierte sich die 'Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft „Solidarität“'.</p> <p><i>Quelle:</i></p> <p><a href="http://de.wikipedia.org/wiki/Solidarno%C5%9B%C4%87">http://de.wikipedia.org/wiki/Solidarno%C5%9B%C4%87</a></p>
<p>80er Jahre</p>	<p><b>Friedensbewegung</b></p> <p><b>DDR</b></p> <p>Die offizielle Friedensorganisation in der DDR war der Friedensrat der DDR. Er unterstand im Zentralkomitee der SED der Abteilung Auslandsinformation. Der Friedensrat hatte die Aufgabe, den „Friedenskampf“ der DDR zu koordinieren, also zum Beispiel in Westdeutschland die entsprechenden Aktivitäten der <i>Deutschen Kommunistischen Partei</i> und ihrer Unterorganisationen anzuleiten.</p> <p>In der DDR kursierten seit Mitte der 1960er Jahre Diskussionspapiere zur Kriegsdienstverweigerung und über Methoden der gewaltfreien Verteidigung, die schließlich Anfang der 1980er Jahre eine nicht staatlich kontrollierte Friedensbewegung inspirierten („Schwerter zu Pflugscharen“). Nicht zuletzt die Erstickung des Prager Frühlings im August 1968 gab dieser Bewegung Auftrieb. In ihrer Wendung auch gegen die Aufrüstung des Warschauer Pakts bildete sie eine wichtige Keimzelle für eine lose organisierte Opposition im realsozialistischen Teil Deutschlands. Der meist von Jugendlichen der intellektuellen Blueserszene getragene Aufnäher mit</p>



dem Symbol der Bronzeplastik vor der UNO „Schwerter zu Pflugscharen“ wurde öffentlich als Ausdruck der Friedenssehnsucht im Zeichen der systemübergreifenden atomaren Aufrüstung getragen. Der Staat reagierte repressiv, weil sich die Kritik auch gegen die eigene Hochrüstung richtete. Viele Jugendlichen, die den Aufnäher nicht entfernten, wurden z. B. mit Exmatrikulationen, Nichtzulassung zum Abitur, Strafversetzung aus Betrieben etc. streng sanktioniert.

In der DDR fand mit dem Olof-Palme-Friedensmarsch 1987 die einzige genehmigte Demonstration der Opposition statt. Die seit Anfang der 80er Jahre in der Leipziger Nikolaikirche stattfindenden Friedensgebete wurden 1989 zum Ausgangspunkt der Montagsdemonstrationen in Leipzig und anderen Orten. Dass die Wende in der DDR 1989 ohne Todesopfer möglich wurde, wird nicht zuletzt auch auf die Vorarbeit und Kontinuität von Friedensinitiativen, wie der Kirche von Unten oder den Aktivitäten der Umwelt-Bibliothek in der DDR zurückgeführt.

Demgegenüber gehörten die durch die SED arrangierte Berliner Konferenz Europäischer Katholiken und die Christliche Friedenskonferenz zum staatlich kontrollierten Teil der Friedensbewegung in der DDR.

*Quelle:*

[http://de.wikipedia.org/wiki/Friedensbewegung#In\\_der\\_DDR](http://de.wikipedia.org/wiki/Friedensbewegung#In_der_DDR)

### **BRD**

Von 1979 bis 1983 gab es starke Proteste gegen den NATO-Doppelbeschluss und die atomare Hochrüstung in Westeuropa und den USA. Der Doppelbeschluss sah die Stationierung der atomar bestückten US-amerikanischen Mittelstreckenraketen Pershing II und Marschflugkörper AGM-86 Cruise Missile in fünf NATO-Staaten Westeuropas als Antwort auf

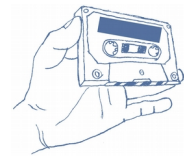


die Stationierung der neuen sowjetischen SS 20-Raketen vor. Die Friedensbewegung kritisierte, dass die amerikanischen Mittelstreckenwaffen in der Lage waren, die sowjetische Hauptstadt faktisch ohne Vorwarnzeit zu treffen. Viele hatten Angst davor, die USA könnten einen Atomkrieg auf Europa begrenzen und ihr eigenes Territorium aussparen. Tatsächlich gab es im Pentagon solche Pläne, die u. a. der Militärstrategie Colin S. Gray ausgearbeitet hatte. Über vier Millionen Menschen unterzeichneten 1980–1983 den Krefelder Appell gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstrecken-Atomwaffen in Europa. 1983 verkündete US-Präsident Ronald Reagan seine Strategic Defense Initiative (SDI), die darauf hinauslief, das Territorium der USA mit Hilfe von Anti-Raketen-Raketen und weltraumgestützten Laserwaffen unverwundbar zu machen.

Eine der ersten großen Friedensdemonstrationen fand anlässlich des Deutschen Evangelischen Kirchentages im Juni 1981 in Hamburg statt. Am 10. Oktober 1981 demonstrierten im Bonner Hofgarten mehr als 300.000 Menschen friedlich gegen Atomwaffen. In Bonn und Berlin fanden anlässlich eines Staatsbesuches von US-Präsident Ronald Reagan am 10. und 11. Juni 1982 Friedensdemonstrationen im Bonner Hofgarten mit ca. 400.000 und in Berlin mit 50.000 Menschen statt. Auch die Ostermärsche mobilisierten 1981–1984 regelmäßig Hunderttausende in zahlreichen Städten und Regionen Westdeutschlands.

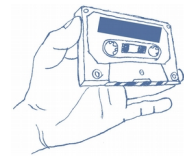
Man entwickelte vielfältige gewaltfreie Aktionen, die auch Rückhalt in der Bevölkerung fanden, zum Beispiel Sitzblockaden vor Atomstandorten und Raketenabwehrstellungen, „Rüstungssteuerverweigerung“, Kampagnen gegen Rüstungsexporte, „Fasten für den Frieden“, Menschenketten.

Die Friedensbewegung führte unter anderem 1980 zur Gründung der Partei der Grünen.

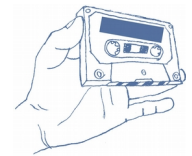


	<p><i>Quelle:</i></p> <p><a href="http://de.wikipedia.org/wiki/Friedensbewegung#Neue_Friedensbewegung">http://de.wikipedia.org/wiki/Friedensbewegung#Neue_Friedensbewegung</a></p>
<p>1984</p>	<p><b>Reiseerleichterungen für DDR- und BRD-Bürger_innen</b></p> <p>Im August 1984 werden folgende Reiseerleichterungen eingeführt: der Mindestumtausch für Rentner_innen, die in die DDR oder nach Ost-Berlin reisen, wird ermäßigt, die mögliche Aufenthaltsdauer für Westdeutsche und West-Berliner in der DDR verlängert.</p> <p>DDR-Rentner_innen dürfen bis zu 60 Tagen nicht nur Verwandte, sondern künftig auch Bekannte in der BRD besuchen. Im grenznahen Verkehr sind Mehrfachberechtigungsscheine erlaubt.</p> <p><i>Quelle:</i></p> <p><a href="http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschland-chronik/132091/1-august-1984">http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschland-chronik/132091/1-august-1984</a></p>
<p>April 1986</p>	<p><b>Besuch von Gorbatschow in der DDR</b></p> <p>Michail Gorbatschow ist ein russischer Politiker. Er war von März 1985 bis August 1991 Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) und von März 1990 bis Dezember 1991 Staatspräsident der Sowjetunion. Durch seine Politik der Glasnost (Offenheit) und der Perestroika (Umbau) leitete er das Ende des Kalten Krieges ein. Während des XI. SED-Parteitages, der vom <b>17. bis zum 21. April 1986 tagte und im</b> Zeichen der Kontinuität der SED-Hardliner stand, die sich den Reformen Gorbatschows verweigerten, hielt er eine Gastrede, in der er weitere Vorschläge zur Abrüstung machte, die vor allem auf die Reduzierung konventioneller Waffen in Europa abzielten.</p> <p><i>Quellen:</i></p>





	<p><a href="http://de.wikipedia.org/wiki/Michail_Sergejewitsch_Gorbatschow">http://de.wikipedia.org/wiki/Michail_Sergejewitsch_Gorbatschow</a></p> <p><a href="http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Chronical/Detail/year/1986">http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Chronical/Detail/year/1986</a></p>
1988	<p><b>Konzerte an der Mauer</b></p> <p>Im Sommer 1988 finden an der Westseite der Berliner Mauer mehrere Konzerte statt. Während des Konzertes von Popstar Michael Jackson vor dem Reichstagsgebäude unweit der Mauer kommt es in Ost-Berlin zu Auseinandersetzungen zwischen der Volkspolizei und Jugendlichen, die das Konzert im Ostteil hören wollen und sich in Mauernähe aufhalten.</p> <p><i>Quelle:</i></p> <p><a href="http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Chronical/Detail/year/1988">http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Chronical/Detail/year/1988</a></p>
Sommer/Herbst 1989	<p><b>Botschaftsflüchtlinge in Prag, Budapest und Warschau</b></p> <p>Bis 1989 bestand zwischen den Ländern des Ostblocks eine wirksame Vereinbarung, Bürger_innen der „Bruderstaaten“ die Ausreise in Drittländer zu verwehren. Reiselustige aus der DDR kamen ans Schwarze Meer, in den Kaukasus und vielleicht weit über Moskau hinaus nach Osten, aber auch von dort aus nicht in den „Westen“. Entdeckte Fluchtversuche, z. B. über Ungarn nach Österreich, endeten mit der Auslieferung der Aufgegriffenen an die DDR, die in der Regel mehrjährige Haftstrafen wegen „versuchtem ungesetzlichen Grenzübertritt“ verhängte.</p> <p>Als das in Reformen begriffene Ungarn im Laufe des Jahres 1989 die militärische Sicherung der eigenen Grenzen – auch wegen eigener wirtschaftlicher Interessen – zunächst lockerte und schließlich aufgab, öffnete sich damit eine Schleuse für ostdeutsche Ausreisewillige.</p> <p>Als Anfang Juli in der DDR die zweimonatigen Sommerferien begannen, machten sich mehr als 200.000 DDR-Bürger_innen auf den Weg nach</p>



	<p>Ungarn, die meisten nur des Urlaubs wegen, Tausende aber auch auf der Suche nach einer Fluchtgelegenheit. Ein „Paneuropäisches Picknick“ am 19. August bei Sopron, das neuen Perspektiven für ganz Europa gewidmet war, wurde von 800 bis 900 Ostdeutschen zur Flucht nach Österreich genutzt. In der ersten Augushälfte hatte sich herumgesprochen, dass die Ungarn in die Pässe abgefangener Flüchtlinge keinen Vermerk mehr eintrugen und dass folglich kein nachfolgendes Sanktionsrisiko seitens der DDR mehr bestand. So kamen viele nach Ungarn gefahren, um über die grüne Grenze nach Österreich zu gelangen.</p> <p>Nachdem Ungarn am 11. September die Grenze für im Land befindliche DDR-Flüchtlinge offiziell geöffnet hatte, flohen binnen drei Tagen 15.000 Menschen und bis zum Monatsende noch einmal fast 20.000. Nun aber wurden Ungarn-Reisen von DDR-Behörden nicht mehr genehmigt, worauf die bundesdeutschen Botschaften von Prag und Warschau mit Fluchtwilligen überfüllt wurden. Da der Andrang bald erhebliche hygienische Probleme bis hin zur Seuchengefahr mit sich brachte und die tschechoslowakische Regierung es schließlich ebenfalls ablehnte, für die Lösung der Probleme von der DDR in Anspruch genommen zu werden, sah sich Honecker gezwungen, die DDR-Flüchtlinge ausreisen zu lassen. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher verkündete am 30. September 1989 auf dem Balkon der Prager Botschaft die Ausreise der Botschaftsflüchtlinge – mit dem Zug über DDR-Territorium. Von Prag aus verließen etwa 4.700 Menschen die DDR, aus der Warschauer Botschaft 809.</p> <p><i>Quelle:</i>  <a href="http://de.wikipedia.org/wiki/Wende_und_friedliche_Revolution_in_der_DDR">http://de.wikipedia.org/wiki/Wende_und_friedliche_Revolution_in_der_DDR</a></p>
<p>Herbst 1989</p>	<p><b>Montagsdemonstrationen in Leipzig</b></p> <p>Die Montagsdemonstrationen waren ein bedeutender Bestandteil der Friedlichen Revolution in der DDR im Herbst 1989. Es waren</p>



	<p>Massendemonstrationen, die ab dem 4. September 1989 in Leipzig stattfanden. Im Herbst 1989 fanden auch in anderen Städten der DDR, beispielsweise in Dresden, Halle, Karl-Marx-Stadt, Magdeburg, Plauen, Arnstadt, Rostock, Potsdam und Schwerin, regelmäßige Massendemonstrationen statt, zum Teil auch an anderen Wochentagen. Mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ meldeten sich Woche für Woche Hunderttausende DDR-Bürger_innen im ganzen Land zu Wort und protestierten gegen die politischen Verhältnisse. Ziel war eine friedliche, demokratische Neuordnung, insbesondere das Ende der SED-Herrschaft.</p> <p>Der Wendepunkt der Montagsdemonstrationen war der 9. Oktober 1989 – die erste Montagsdemonstration mit echter Massenbeteiligung, bei der viele Beteiligte aller Seiten die gewaltsame Reaktion der chinesischen Staatsmacht auf dem Platz des himmlischen Friedens im Hinterkopf hatten, aber letztlich nichts geschah.</p> <p>Am 16. Oktober 1989 nahmen bereits 120.000 Demonstrant_innen teil (militärische Einheiten wurden noch in Reserve gehalten), eine Woche später wuchs die Zahl auf 320.000. Dies war die größte Montagsdemonstration in Leipzig. Die Protestmärsche endeten im März 1990, kurz vor oder nach den ersten freien Volkskammerwahlen.</p> <p><i>Quelle:</i>  <a href="http://de.wikipedia.org/wiki/Montagsdemonstrationen_1989/1990_in_der_DDR">http://de.wikipedia.org/wiki/Montagsdemonstrationen_1989/1990_in_der_DDR</a></p>
<p>9. November 1989</p>	<p><b>Mauereröffnung</b></p> <p>Die Berliner Mauer fiel in der Nacht von Donnerstag, dem 9. November, auf Freitag, den 10. November 1989, nach über 28 Jahren ihrer Existenz. Zur Öffnung der Mauer führten zum einen Massenkundgebungen in der Wendezeit und die Forderung nach Reisefreiheit in der damaligen DDR, zum</p>



	<p>anderen die anhaltende sogenannte „Republikflucht“ großer Bevölkerungsteile der DDR in die Bundesrepublik Deutschland über das Ausland, teils über Botschaften in verschiedenen Hauptstädten damaliger Ostblockstaaten, teils über die in Ungarn seit dem 11. September 1989 offene Grenze zu Österreich und seit Anfang November direkt über die Tschechoslowakei.</p> <p>Der Mauerfall am 9. November 1989 markierte das Ende einer Epoche, indem er die sichtbarste Erscheinung im Fall des ganzen „Eisernen Vorhangs“ und des kommunistischen Systems in Osteuropa darstellte, was die Wiedervereinigung Deutschlands und die Überwindung der Teilung Europas ermöglichte.</p> <p><i>Quelle:</i></p> <p><a href="http://de.wikipedia.org/wiki/Berliner_Mauer">http://de.wikipedia.org/wiki/Berliner_Mauer</a></p>
<p>18. März 1990</p>	<p><b>Wahlen in der DDR</b></p> <p>Die Volkskammerwahl 1990 war die letzte Wahl zur Volkskammer der DDR und die einzige, die demokratischen Grundsätzen entsprach. Sie fand am 18. März 1990 statt. Ursprünglich war die Wahl für den 6. Mai 1990 vorgesehen, aber aufgrund der sich überschlagenden Ereignisse und der Notwendigkeit zur Herstellung einer handlungsfähigen und legitimierten Regierung wurde die Volkskammerwahl anderthalb Monate vorverlegt.</p> <p>Die Wahlbeteiligung lag bei 93,4%. Sieger war das Wahlbündnis Allianz für Deutschland, bestehend aus der ehemaligen Blockpartei CDU mit dem Spitzenkandidaten Lothar de Maizière, der neu gegründeten und der bayrischen CSU nahestehenden Deutschen Sozialen Union (DSU) und dem Demokratischen Aufbruch (DA). Spitzenkandidat der DSU war Hans-Wilhelm Ebeling, der Spitzenkandidat des DA war Wolfgang Schnur, dem</p>



	<p>drei Tage vor der Wahl seine Tätigkeit als Inoffizieller Mitarbeiter des Ministerium für Staatssicherheit (MfS) nachgewiesen worden war.</p> <p>Die neu gegründete und bis zum Wahltag als Favorit gewertete Sozialdemokratische Partei in der DDR (ursprünglich SDP, zum Zeitpunkt der Wahl als SPD abgekürzt) – unter Spitzenkandidat Ibrahim Böhme, der später ebenfalls als Inoffizieller Mitarbeiter des MfS enttarnt wurde – kam unerwartet nur auf knapp 22 % der Stimmen.</p> <p><i>Quelle:</i></p> <p><a href="http://de.wikipedia.org/wiki/Volkskammerwahl_1990">http://de.wikipedia.org/wiki/Volkskammerwahl_1990</a></p>
<p>1. Juli 1990</p>	<p><b>Währungsunion</b></p> <p>Im Januar 1990 zeigte sich, dass Staat und Wirtschaft der DDR sich immer stärker auflösten. Jede Woche verließen etwa 15 000 Menschen das Land. Die Währungsunion als "Signal zum Bleiben" (Ingrid Matthäus-Meier, SPD, in "Die Zeit" vom 17.1.1990) wurde auf westlicher Seite diskutiert und auch zur Forderung der Mehrheit der DDR-Bürger_innen: "Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr". Eine Minderheit, Teile der Bürgerbewegung und der Ost-SPD, waren gegen eine schnelle Währungsunion, weil sie die Möglichkeit einer reformierten DDR-Gesellschaft offen halten wollten. Am 18.Mai 1990 wurde der Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (Staatsvertrag) unterzeichnet und am 21. Juni 1990 von Bundestag und Volkskammer mit großer Mehrheit bestätigt: Die Geldbestände wurden 2:1, ein Teil nach altersbestimmten Kopfquoten 1:1 umgetauscht (bis zu 6000 DM pro Privatperson). Für laufende Zahlungen galt ebenfalls 1:1. Alle Schulden, auch von Betrieben und Gemeinden wurden 2:1 umgestellt. Mit der Währung wurden die Marktwirtschaft und die westdeutsche Sozialordnung in der DDR eingeführt. Am 1. Juli 1990 erhielten Bürger_innen, öffentliche Verwaltungen und</p>



	<p>Unternehmen der DDR über 180 Mrd. DM ausgezahlt. Der größte Bargeldumtausch in der Wirtschaftsgeschichte.</p> <p>Die Folgen waren gravierend: Viele Verbraucher_innen kauften nun die qualitativ nicht immer besseren Westprodukte, so dass der Inlandsabsatz ostdeutscher Firmen sehr stark zurückging; westliche Firmen kamen auf den ostdeutschen Markt und verdrängten einheimische Firmen; der Umtauschkurs von 1:2 verteuerte schlagartig die für den Export bestimmten, nur selten weltmarktfähigen Produkte; infolge des Zerfalls der UdSSR brach der Export nach Osten zusätzlich ein; Ende 1991 gab es bereits etwa eine Million Arbeitslose in der DDR und Ost-Berlin.</p> <p>Trotz der bis heute andauernden wirtschaftlichen Probleme war die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion jedoch der erste Schritt auf dem Weg zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West.</p> <p><i>Quelle:</i>  <a href="http://www.chronikderwende.de/lexikon/glossar/glossar_jsp/key=wunion.html">http://www.chronikderwende.de/lexikon/glossar/glossar_jsp/key=wunion.html</a></p>
<p>3. Oktober 1990</p>	<p><b>Beitritt der DDR zur BRD</b></p> <p>Als deutsche Wiedervereinigung oder deutsche Vereinigung (in der Gesetzessprache: Herstellung der Einheit Deutschlands) wird der durch die sogenannte friedliche Revolution in der DDR angestoßene Prozess der Jahre 1989 und 1990 bezeichnet, der zum Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 führte. Die damit vollzogene deutsche Einheit, die seither an jedem 3. Oktober als Nationalfeiertag mit dem Namen Tag der Deutschen Einheit begangen wird, beendete den als Folge des Zweiten Weltkrieges in der Ära des Kalten Krieges vier Jahrzehnte währenden Zustand der deutschen Teilung.</p> <p>Richtungweisend für diese Entwicklung war die Öffnung der Berliner Mauer</p>



am 9. November 1989, die den endgültigen Zerfall des politischen Systems der DDR bewirkte. Notwendige äußere Voraussetzung der deutschen Wiedervereinigung war das Einverständnis der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, die bis dahin völkerrechtlich noch immer die Verantwortung für Deutschland als Ganzes innehatten beziehungsweise beanspruchten. Durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag (Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland) wurde der Einheit der beiden deutschen Staaten zugestimmt und dem vereinten Deutschland die volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten zuerkannt.

Maßgebliche Zwischenstationen auf dem Weg der deutschen Wiedervereinigung waren die Volkskammerwahl im März 1990 sowie der Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Am 20. September 1990 stimmten die Volkskammer der DDR und der Deutsche Bundestag dem Einigungsvertrag zu, am darauf folgenden Tag der Bundesrat.

*Quelle:*

*[http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche\\_Wiedervereinigung](http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Wiedervereinigung)*